

Niederschrift
über die Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld
am 13.06.2013

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 17:10 Uhr

Ende: 18:35 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen

Herr Bürgermeister Helling

Frau Bürgermeisterin Schrader ab 18:15 Uhr (TOP 12)

CDU

Herr Nettelstroth Fraktionsvorsitz

Frau Brinkmann, P.

Frau Grünewald

Herr Henrichsmeier

Herr Hoffmann

Herr Jung

Frau Kammeier

Herr Kleinesdar

Herr Kleinkes

Herr Krumhöfner

Herr Lux

Herr Meichsner

Frau Niederfranke

Frau Osthus

ab 18:15 Uhr (TOP 12)

Herr Röwekamp

Herr Rüter

Herr Strothmann

Herr Prof. Dr. von der Heyden

Herr Weber

Herr Werner

SPD

Herr Fortmeier Fraktionsvorsitz

Frau Biermann

Frau Brinkmann, D.

Herr Franz

Frau Gorsler

Herr Grube

Frau Klemme-Linnenbrügger

Herr Kranzmann

Herr Lufen

Herr Nockemann

Herr Pläßmann

Frau Schneider

Herr Sternbacher

Herr Suchla

Herr Dr. Tsapos

Frau Viehmeister

Frau Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Rathsmann-Kronshage	Fraktionsvorsitz
Herr Geil	
Herr Grün	
Herr Gutknecht	
Frau Hellweg	
Herr Julkowski-Keppler	
Frau Keppler	
Frau Pfaff	
Herr Rees	
Herr Dr. van Norden	

Die Linke

Frau Schmidt	Fraktionsvorsitz
Frau Ilgün	ab 18:00 Uhr (TOP 12)
Herr Ocak	
Herr Dr. Schmitz	

FDP

Herr Buschmann	Fraktionsvorsitz
Herr Bolte	
Frau Burkert	
Herr Sander	

BfB

Herr Schulze
Herr Delius

Bürgernähe

Herr Schmelz

Fraktions- und gruppenlose Ratsmitglieder

Frau Geilhaar

Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke	Dezernat 1
Herr Beigeordneter Dr. Witthaus	Dezernat 2
Frau Beigeordnete Ritschel	Dezernat 3
Herr Beigeordneter Moss	Dezernat 4
Herr Erster Beigeordneter Kähler	Dezernat 5
Frau Ley	Büro Oberbürgermeister
Frau Stude	Büro des Rates (Schriftführerin)
Herr Kricke	Büro des Rates
Frau Grewel	Büro des Rates
Frau Bockermann	Presseamt
Herr Schlüter	Presseamt

Nicht anwesend:

Herr Nolte	CDU
Herr Hamann	SPD
Herr Wandersleb	SPD
Frau Dr. Ober	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dr. Schulze	Bündnis 90/Die Grünen

Zuhörer/-innen in nichtöffentlicher Sitzung:

Herr Hölscher	Geschäftsführung Fraktion Die Linke
Herr Dr. Kerbein	Geschäftsführung FDP-Fraktion
Frau Aksamit	Mitarbeiterin CDU-Fraktion
Herr Schmalen	Mitarbeiter SPD-Fraktion

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vor Beginn der Sitzung begrüßt Herr Oberbürgermeister Clausen einen Teil der Delegation aus der Partnerstadt Welikij Nowgorod unter der Leitung des Vize-Bürgermeisters, Herrn Anton Zemlyak. Herr Zemlyak richtet sodann Grußworte an den Rat.

Herr Oberbürgermeister Clausen eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Im Auftrag der Fraktionen, der Gruppe und der Einzelvertreter/-innen im Rat verliest er die nachfolgende gemeinsame Erklärung:

„Gemeinsame Erklärung des Rates der Stadt Bielefeld zur Flut-katastrophe in Grimma

Mit großer Betroffenheit haben die Bürgerinnen und Bürger und auch die Ratsmitglieder der Stadt Bielefeld die erneute Überflutung der Stadt Grimma in den Medien verfolgt.

Wir sind erschüttert über die jetzt sichtbar gewordenen katastrophalen Auswirkungen, die die Stadt Grimma und die Bürgerinnen und Bürger nun wieder bewältigen müssen.

Seit der Flutkatastrophe 2002 gibt es zahlreiche private und bürgerschaftliche Kontakte und Freundschaften zwischen unseren beiden Städten. Wir freuen uns, dass es auf diesem Wege schon zu ersten Hilfsleistungen gekommen ist.

Wir wissen aber auch, wie schwer es für die Betroffenen ist, innerhalb von 11 Jahren bereits zum zweiten Mal mit den unübersehbaren Folgen einer Naturkatastrophe konfrontiert zu sein.

Wir haben Ihre enorme Aufbauleistung der letzten Flutkatastrophe vor Augen und wünschen Ihnen auch für die jetzt vor ihnen liegenden Herausforderungen viel Kraft und Zuversicht.

Wir halten es für selbstverständlich, dass wir auch dieses Mal engen Kontakt zu den Ansprechpartnern in Grimma halten und ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen, falls dies gewünscht wird.

Ein erster Hilfstransport mit dringend benötigten Sachspenden ist – unterstützt von großem privaten Engagement - auf den Weg gebracht.

*Wir bitten die Bielefelder Bevölkerung, die Flutopferhilfe zu unterstützen, indem Sie ihre Spenden auf das Spendenkonto der Stadt Grimma (Kontonummer 1041000800; „Spende Hochwasser 2013“) bei der Sparkasse Muldenal (BLZ 8605200) oder auf das zentrale Spendenkonto der **Aktion Deutschland Hilft**: Stichwort "Hochwasserhilfe 2013", Kontonummer 10 20 30 bei der Bank für Sozialwirtschaft (BLZ 370 205 00) überweisen.*

Nicht nur Grimma ist von dem Hochwasser betroffen, sondern auch weite Teile Bayerns, Sachsens, Brandenburgs, Sachsen-Anhalts und Niedersachsens. Aus Bielefeld sind zahlreiche Helferinnen und Helfer in den betroffenen Gebieten tätig und hier in der Stadt

*werden durchreisende Einsatzkräfte versorgt.
Unser Dank und unsere Anerkennung gilt allen Helferinnen und Helfern aus Bielefeld, die bereits seit Tagen in den Hochwassergebieten an der Elbe im kräftezehrenden Einsatz waren oder sind. Die Selbstverständlichkeit, mit der die Hilfe geleistet wird, ist beeindruckend.*

Bielefeld, 13.06.2013

*CDU-Fraktion SPD-Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
FDP-Fraktion Ratsfraktion
 DIE LINKE
BfB-Ratsgruppe Einzelvertreter/-innen “*

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der Ratssitzung am 16.05.2013

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5858/2009-2014

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Ratssitzung am 16.05.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

**Zu Punkt 2 Mitteilungen
- Zeitplan für den Haushalt 2014**

Herr Stadtkämmerer Löseke teilt mit, dass sich der Zeitplan zur Aufstellung des Haushaltsplanes 2014 verzögern werde. Als Grund nennt er a) die Genehmigungsverfügung des Haushalts 2013, die voraussichtlich Auflagen und Nebenbestimmungen enthalte, deren Kenntnis für die Aufstellung des Haushaltsplanes 2014 von Bedeutung sein könnte und b) die Entwicklungen auf Landesebene (z.B. Einheitslastenabrechnungsgesetz oder Auswirkungen aus dem Zensus), die sich auch finanziell auf die Stadt Bielefeld auswirken könnten. Der sich aufgrund der Beratungen im Verwaltungsvorstand ergebene geänderte Zeitplan werde in den nächsten Tagen bekanntgegeben. Über den Inhalt der Genehmigungsverfügung für den Haushalt 2013, mit deren Eingang er in der nächsten Woche rechne, werde die Verwaltung den Rat schnellstmöglich informieren.

Zu Punkt 3 Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

Zu Punkt 4

6. Nachtragssatzung zur Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Bielefeld mit Gebührentarif vom 17. Dezember 2001

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5658/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt die 6. Nachtragssatzung zur Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Bielefeld mit Gebührentarif vom 17. Dezember 2011 entsprechend der beigefügten Anlage zur Vorlage.

- bei 4 Nein-Stimmen mit großer Mehrheit beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 5

Neufassung der Wochenmarktsatzung hier: Hauptwochenmarkt Kesselbrink

Beratungsgrundlagen

Drucksache 5815/2009-2014 und
5585/2009-2014

Herr Schmelz (Bürgernähe) begründet seinen nachfolgenden Antrag:

„Die Verwaltung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Markthändlern und Bielefeld Marketing ein Konzept für einen Markt in der Bielefelder Innenstadt zu entwickeln, auf dem ausschließlich regionale erzeugte Lebensmittel und Produkte angeboten werden.“

Die stetig steigende Nachfrage zeige, dass in Bielefeld ein Markt fehle, auf dem ausschließlich regional erzeugte Lebensmittel und Produkte angeboten würden. Diese Produkte würden in der Saison geerntet, hätten kurze Transportwege zu den Verbraucherinnen/Verbrauchern und könnten klimaschonend eingekauft werden. Durch eine ortsnahe Vermarktung bleibe die Wertschöpfung in der Region und vor Ort könnten Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden. Die Kunden hätten bei einer Direktvermarktung die Möglichkeit z.B. die Art des Anbaus oder das Futtermittel zu hinterfragen. Auch könnten äußerlich nicht makellose Produkte, die der Einzelhandel ablehne, vermarktet werden, so dass weniger Lebensmittel vernichtet werden müssten. Bielefeld würde damit einen Beitrag zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung leisten und gleichzeitig die Stadt für die Bürger/-innen attraktiver machen. Das Ordnungsamt prüfe zurzeit aufgrund eines Vorschlages aus der Politik, inwieweit ein Abendmarkt eingerichtet werden könnte. Insofern komme sein Antrag zur rechten

Zeit.

Herr Franz (SPD-Fraktion) beantragt für seine Fraktion, den Antrag von Herrn Schmelz in den Haupt- und Beteiligungsausschuss als zuständigen Fachausschuss zu verweisen. Der Aspekt der regionalen Vermarktung könne in den bereits bestehenden Prüfauftrag für einen zusätzlichen Innenstadtmarkt mit einbezogen werden.

Herr Rees (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass auch seine Fraktion das Ziel verfolge, regional erzeugte Produkte auf den hiesigen Märkten anzubieten. Möglich wäre dies bei dem von Herrn Franz angesprochenen und in der Prüfung befindlichen Abendmarkt und dem Donnerstagmarkt vor dem Rathaus. Jedoch müsse zuvor mit den Händlern darüber gesprochen werden. Die Aufnahme in die Prüfaufträge an die Verwaltung sei richtig und selbstverständlich, weshalb er bitte, auf eine Abstimmung zu verzichten.

Frau Schmidt (Die Linke) regt darüber hinaus an, im Vorfeld einer weiteren Beratung zu prüfen, wie die Hofläden in den Prozess eingebunden werden könnten.

Beschluss:

1. Der Antrag von Herrn Schmelz (Bürgernähe) wird an den Haupt- und Beteiligungsausschuss verwiesen:

„Die Verwaltung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Markthändlern und Bielefeld Marketing ein Konzept für einen Markt in der Bielefelder Innenstadt zu entwickeln, auf dem ausschließlich regionale erzeugte Lebensmittel und Produkte angeboten werden.“

2. Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte Satzungsvariante A über die Wochenmärkte im Stadtgebiet Bielefeld (Wochenmarktsatzung).

Zu Punkt 6

Erwartete Veränderungen in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bis zum Jahr 2016

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5779/2009-2014

Herr Dr. Schmitz (Fraktion Die Linke) weist auf die Anlage 2 der Vorlage hin, wonach im Jahr 2014 gegenüber der alten Kalkulation rd. 100.000 € weniger ausgegeben werden sollen.

Der Rat nimmt die Informationsvorlage über die erwarteten Veränderungen in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bis zum Jahr 2016 zur Kenntnis.

Zu Punkt 7

Projekt KI>>GS - Übergang KiTa - Grundschule
Nachbewilligung von Haushaltsmitteln

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5696/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Dem überplanmäßigen Aufwand bzw. der überplanmäßigen Auszahlung für das Projekt KI>>GS auf der Kostenstelle 510500 „Tageseinrichtungen für Kinder“, Sachkonto 52350060 „Erstattungen an Sondervermögen“ in Höhe von 100.000,00 Euro wird zugestimmt.
2. Die Deckung erfolgt aus noch nicht verwendeten Mitteln der Bildungspauschale, Sachkonto 41410012, in der Produktgruppe 11.16.01 „Allgemeine Finanzwirtschaft“.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 8

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat

Der Rat nimmt von den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat, gemäß der Anlage zum Protokoll der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses vom 04.06.2013 Kenntnis.

Zu Punkt 9

Änderung der Benutzungsordnungen und Gebührensatzungen der Stadt Bielefeld für die Stadtbibliothek sowie das Institut Stadtarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5585/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt die Benutzungsordnung und Gebührensatzung der Stadt Bielefeld für das Institut Stadtbibliothek und die 1. Änderungssatzung zur Benutzungsordnung und Gebührensatzung der Stadt Bielefeld für das Institut Stadtarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek entsprechend den Anlagen zur

Vorlage.

- bei 4 Nein-Stimmen mit großer Mehrheit beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 10

Änderung der Entgeltordnung der Stadt Bielefeld für das Naturkunde-Museum

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5565/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt die Veränderung der Entgeltordnung des Naturkunde-Museums (s. Anlage zur Vorlage) zum 01.07.2013.

Mit dem Ziel einer Einnahmeerhöhung sollen folgende Eintrittspreise verändert werden:

Personenkreis	alt	neu
Führungen für angemeldete Schüler- und Kitagruppen	20,00€	25,00€
Führungen für angemeldete Erwachsenengruppen	20,00€	30,00€

- bei 4 Nein-Stimmen mit großer Mehrheit beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 11

Erlass einer Satzung über die Anordnung einer Veränderungssperre für das Gebiet begrenzt durch Herforder Straße, Grafenheider Straße, Bahnlinie und Tunnelweg (Gebiet der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/Br 4 " M a a g s h ö h e ")
- Stadtbezirk Heepen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5504/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte Satzung über die Anordnung einer Veränderungssperre für das Gebiet begrenzt durch Herforder Straße, Grafenheider Straße, Bahnlinie und Tunnelweg (Gebiet der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/Br 4 "Maagshöhe") wird beschlossen.

Für die genauen Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches der Veränderungssperre ist die im Abgrenzungsplan des Bauamtes im Maßstab 1:1000 vorgenommene Eintragung (rote Linie) verbindlich.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 12

Änderung des Bebauungsplanes "Werksverkauf Gerry Weber AG" - Stadt Halle

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5842/2009-2014

Herr Oberbürgermeister Clausen informiert, dass die Bürgermeisterin von Halle telefonisch das Zustandekommen der Entscheidung erläutert und ihm angeboten habe, dass ein Dezernent oder ein Amtsleiter heute im Rat berichte. Er habe dieses Angebot dankend zur Kenntnis genommen und darauf hingewiesen, dass dieses Verfahren unüblich sei und die Verwaltung den Sachstand in der Vorlage bereits ausreichend dargestellt habe.

Herr Grube (SPD-Fraktion) bekundet seinen Ärger über die Vorgehensweise der Stadt Halle. Die Verlagerung des Werksverkaufs werde die Randbereiche der Stadt Bielefeld, insbesondere den Stadtbezirk Brackwede, aber auch die Stadt Halle selbst und die Gemeinde Steinhagen betreffen. In dem von der Stadt Halle in Auftrag gegebenen Gutachten werde die Umsatzumlenkung für die Nachbargemeinden mit 7% und für die Stadt Bielefeld mit 3% beziffert. Jede Entwicklung, die den Handel aus dem innerörtlichen Bereich herausziehe, behindere die Urbanität der Städte und Gemeinden. Abschließend betont er, dass die Stadt Bielefeld großen Wert auf eine gute Nachbarschaft lege.

Herr Julkowski-Keppler (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erläutert, dass die Landesregierung und alle Beteiligten eine Änderung der Wirtschafts- und Gewerbeentwicklung in OWL wünschten, die bisher dezentral auf lokaler Ebene betrachtet werde. Die Stadt Bielefeld, die die Entwicklung der Factory Outlet Center nicht vorangetrieben habe, müsse dies in OWL thematisieren, um gemeinsam eine neue Strategie zu entwickeln. In

diesem Zusammenhang sei auch die Bezirksregierung Detmold gefordert, weshalb die Formulierung in Ziffer 2 des Antrages aufgenommen worden sei. Der Beschluss des Rates der Stadt Bielefeld sei ein erster Schritt, der die inhaltlichen Bedenken deutlich mache. Die rechtlichen Konsequenzen zu ziehen, müsse der letzte Schritt sein.

Herr Schmelz (Bürgernähe) begrüßt die Planungen des Landes, für Outlet Center höhere Hürden aufzubauen, weist jedoch drauf hin, dass die Gerichte der Planungshoheit der Gemeinden einen hohen Stellenwert einräumten. Zudem habe die EU-Kommission gegenüber dem Land NRW ein Vertragsverletzungsverfahren angekündigt, weil die Niederlassungsfreiheit und die Dienstleistungsrichtlinie verletzt würden. Insofern könnten die Bemühungen der Stadt Bielefeld, das Outlet Center im Ravenna-Park zu verhindern, erfolglos sein. Inwieweit Outlet Center die Bevölkerung der Städte anlocken oder der Einzelhandel in kleinen Gemeinden durch das städtische Angebot ausgebootet würde, könne aufgrund des fehlenden Datenmaterials objektiv nicht bestimmt werden. Auch die A33 trage zum Kaufkraftverlust in der Stadt Bielefeld bei. Die Politik sollte alle Anstrengungen unternehmen, um die Stadt Bielefeld insbesondere für Familien mit Kindern attraktiver und lebenswert zu machen. Die aktuelle Masterplanung sollte unter breiter Bürgerbeteiligung unbedingt weitergeführt werden, um schon bald die notwendigen und zukunftsfähigen Weichenstellungen für eine erfolgreiche und konkurrenzfähige Stadtentwicklung treffen zu können.

Herr Bolte (FDP-Fraktion) appelliert an alle Beteiligten, miteinander zu reden und die Bezirksregierung Detmold - ggf. als Mediator - einzubeziehen. Mit Herford bestehen eine gute Zusammenarbeit; dies müsse auch für Gütersloh möglich sein. Der Rechtsweg könne nur der letzte Schritt sein, zumal die Erfahrung zeige, dass selbst eine rechtlich richtige Position der Stadt Bielefeld nicht immer zu rechtlich einwandfreien Aktionen führe.

Herr Bürgermeister Helling (CDU-Fraktion) berichtet, dass er sich im Regionalrat trotz der unterschiedlichen Interessenlagen mit den Vertretern aus Gütersloh unterhalte und man auf der Basis von Landesentwicklungsplänen und regionalen Einzelhandelskonzepten zu gemeinsamen Problemlösungen gekommen sei. Allerdings bedauere er, dass sich andere Kommunen, anders als die Stadt Bielefeld, nicht an die regional ausgewogenen Konzepte halten würden. Hier sehe er die Bezirksregierung Detmold in der Verantwortung, die jedoch hinsichtlich des Werksverkaufs von Gerry Weber erklärt habe, dass die Stadt Halle über die Bauleitplanung die Regelungen treffe. Bisher sei es übliche Praxis, dass die „in Aufstellung befindlichen Ziele der Raumordnung“ zu berücksichtigen seien, so dass die Bezirksregierung eigentlich hätte handeln müssen. Er bemängelt die Untätigkeit der Bezirksregierung und stellt den Wert eines regionalen Einzelhandelskonzepts, das in mühsamer Absprache mit den Kommunen erarbeitet worden sei, in Frage. Nach der ab 01. 08. 2013 geltenden Regelung wäre ein Vorhaben, wie Halle es jetzt beschlossen habe, nicht mehr möglich.

Herr Delius (BfB-Gruppe) kann nachvollziehen, dass sich das Unternehmen Gerry Weber an der neuen A33 ansiedeln möchte. Er erinnert an die Debatte um die Ansiedlung von IKEA in Brackwede und stellt fest, dass heute niemand auf die Niederlassung verzichten wolle. Er

appelliert, auf das „öffentliche Säbelrasseln“ zu verzichten und bittet den Oberbürgermeister mit den Bürgermeisterinnen von Halle und Gütersloh zu sprechen und auf eine konsensuale Lösung zu setzen. Von einer gerichtlichen Auseinandersetzung rät er ab. Seines Erachtens liege die Zukunft des Einkaufens in einer urbanen Innenstadt mit guter Aufenthaltsqualität - wie Bielefeld sie geschaffen habe und noch schaffen werde – und nicht in einem Outlet-Center.

Frau Geilhaar (fraktions- und gruppenloses Ratsmitglied) wirft ein, dass nach ihren Beobachtungen Werksverkäufe für die Unternehmen nicht immer erfolgreich seien und die Entwicklung in Halle deshalb abgewartet werden solle.

-.-.-

*Herr Oberbürgermeister Clausen
gibt den Vorsitz an Herrn Bürgermeister Helling ab.*

-.-.-

Herr Oberbürgermeister Clausen berichtet, dass ein Versuch der Stadt Bielefeld im Rahmen eines interkommunalen Kooperationsverfahrens Mitträger des Gewerbeparks Ravenna zu werden, gescheitert sei. Im Beteiligungsverfahren zur Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel habe die Stadt Bielefeld ihre Stellungnahme abgegeben und ihre Rechtsauffassung dargelegt, jedoch hätten die Argumente keinen Einfluss auf die Rechtsposition und Beschlussfassung der Stadt Halle genommen. Bis auf die Möglichkeit, nochmals Gespräche zu führen, seien für Bielefeld damit die Gelegenheiten der interkommunalen Kommunikation erschöpft. Jetzt gehe es um die Frage, ob die Stadt Halle geltendes Recht richtig angewandt habe oder ob ein Beurteilungsfehler vorliege. Die unterschiedlichen Standpunkte hierzu seien der Informationsvorlage zu entnehmen. Ggf. müssten die unterschiedlichen Rechtsauffassungen im Rahmen eines gerichtlichen Verfahrens entschieden werden.

Zum Möbelmarkt Porta in Gütersloh weist Herr Oberbürgermeister Clausen darauf hin, dass die Stadt Bielefeld entgegen anderer Aussagen das Gerichtsverfahren nicht verloren habe. Die Stadt Bielefeld habe beim OVG Recht bekommen (der Bebauungsplan sei unwirksam), jedoch habe die Stadt Gütersloh Nichtzulassungsbeschwerde beim BVG eingelegt, über die das BVG noch nicht entschieden habe. Solange das Urteil des OVG noch nicht rechtskräftig sei, könne auch das Gerichtsverfahren zur erteilten Baugenehmigung nicht abgeschlossen werden. Insgesamt seien beide Verfahren noch offen.

Bielefeld sei der wichtigste Einzelhandelsstandort in OWL. Auch aus Solidarität mit kleinen Nachbargemeinden habe sich Bielefeld bisher vereinbarungsgemäß bei der Frage der Factory Outlet Center zurückhaltend verhalten. Viele Anfragen zu den Einzelhandelsstandorten seien in den vergangenen Jahren - und auch aktuell - abschlägig beschieden worden, weil damit die Urbanität in den Nebenzentren Bielefelds und den Nachbarstädten berührt oder gefährdet wäre. Sollten abgewiesene Bewerber ihre Vorhaben daraufhin aufgrund anderer Vorgehensweisen in Nachbargemeinden realisieren können und sollte dies kommunal-, bau- und planungsrechtlich als zulässig bestätigt werden, müsse die Stadt Bielefeld ihre bisherige Strategie in Frage stellen. Er Sorge sich, dass es bei Fortsetzung der bisherigen Entwicklung zu einem Konkurrenzkampf der Gemeinden um

Einzelhandelsanteile komme, bei dem es letztlich keinen Gewinner gebe.

Es sei aus seiner Sicht daher der richtige Weg, dass der Rat seine Bedenken gegenüber der Kommunalaufsicht äußert. Sollte eine Einflussnahme nicht möglich sein, müsse über die Strategiefrage erneut beraten und entschieden werden.

-.--

Herr Bürgermeister Helling

gibt den Vorsitz an Herrn Oberbürgermeister Clausen zurück.

-.--

Herr Nettelstroth (CDU-Fraktion) unterstützt Herrn Oberbürgermeister Clausen in seiner Auffassung und bestätigt, dass der Stadtentwicklungsausschuss vielfach u. a. die Ansiedlung von Outlet Center aus Rücksicht auf die Nachbargemeinden und wegen des bestehenden regionalen Einzelhandelskonzepts, das für die Stadt Bielefeld bindend sei, abgelehnt habe. Es gehe nicht darum, Einzelhandelsflächen zu verhindern, sondern darum, Vereinbarungen einzuhalten und eine vernünftige Gesamtentwicklung in der Region voranzutreiben, weshalb er im Landtag zu dieser Problematik eine Kleine Anfrage gestellt habe. In der Relation Einwohner zu m² (Stadt Halle = 21.000 Einwohner, 27.000 m² neue Gewerbefläche) wären für die Stadt Bielefeld 106.000 m² zusätzliche Einzelhandelsfläche auszuweisen, was sicherlich zu bundesweiten Protesten führen würde. Der Rat sollte seine Position wahren, dass Einzelhandel in die Innenstadt gehöre und eine städtebauliche Entwicklung wie in Bad Oeynhausen oder Oberhausen nicht gewollt sei. Bei allem Verständnis für die Ratsmitglieder der Stadt Halle müsse die rechtliche Frage gestellt werden, ob eine derartig große Einzelhandelsnutzung in ein Gewerbegebiet gehöre. Sollte es zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung kommen, werde eine Grundsatzentscheidung getroffen, die zukünftig auch für gleichgelagerte Fälle gelte. Herr Nettelstroth wirbt dafür, der Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses möglichst einstimmig zu folgen.

Aufgrund der Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses fasst der Rat sodann folgenden

Beschluss:

- 1. Der Rat nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung, Drucksache 5842/2009 – 2014, zur Kenntnis.**
- 2. Der Rat der Stadt bittet die Bezirksregierung, eine Zustimmung zur ersten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56 „Werksverkauf Gerry Weber KG“ der Stadt Halle nicht zu erteilen oder gegebenenfalls als Kommunalaufsicht rechtlich gegen eine positive Beschlussfassung der Stadt Halle einzuschreiten.**
- 3. Gerade nach Verabschiedung des „sachlichen Teilplanes großflächiger Einzelhandel“ zum neuen Landesentwicklungsplan durch die Landesregierung sind die dort aufgeführten Ziele als vorgegeben anzusehen. Hiernach sollen Sondergebiete für**

großflächigen Einzelhandel mit zentrenrelevantem Kernsortiment nur in zentralen Versorgungsbereichen dargestellt und festgesetzt werden. Das ist bei dem genannten Vorhaben nicht der Fall.

4. Der Oberbürgermeister wird gebeten, die rechtlichen Möglichkeiten der Stadt Bielefeld rechtzeitig zu prüfen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13 **Umbesetzungen in Ausschüssen, Beiräten und anderen Gremien (Anträge der Fraktionen und Gruppen)**

Zu Punkt 13.1 **Aufsichtsrat WEGE (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.06.2013)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5893/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung:

Aufsichtsrat der WEGE mbH

Bisher: Ratsmitglied PD Dr. Jörg van Norden

Neu: Ratsmitglied Lisa Rathsmann-Kronshage

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Clausen
Oberbürgermeister
Vorsitz
(außer Teil von TOP 12)

Helling
Bürgermeister
Vorsitz
(Teil von TOP 12)

Stude
Schriftführung